

Frankreich sagt „Non“ zu einer Verfassung für die EU. Europa muss sich zurückbesinnen auf seine pluralistischen Tugenden. Die Doktrin des „Immer enger vereint“ hat zu einer Entwicklungsblockade geführt.

## Die Tyrannei der Angleichung

Von Gerd Held, im Juli 2005

Am 29. Mai dieses Jahres hat in Frankreich eine deutliche Mehrheit von 55,7% den „Vertrag über eine Verfassung für die Europäische Union“ in einem Referendum abgelehnt. Ist Frankreich nun ein missmutiges oder resigniertes Land geworden? Keineswegs. Wer in diesem Sommer das Land bereist, findet eine recht gelöste Stimmung vor. Merkwürdig, wie so ein „Nein“ befreien kann. Am Tresen der PMU-Bar an der Route Nationale bei Narbonne wird ganz ungesetzlich gequalmt und politisiert. Was die „classe politique“ betrifft, ist die Tonlage eher spöttisch als klagend. Natürlich geht es auch ums Geld, aber es fehlt der Diskussion das Krämerhafte. Man will gar keine Förderung. Für Tony Blair klingt durchaus Sympathie durch. Was die Leute aufregt und wo die unterschiedlichsten Interessen sofort zusammenstimmen, ist etwas ganz und gar Ideelles: Man will diese Sprache nicht mehr, die „Projekte“, die „Partnerschaften“, alle diese vagen, perspektivischen Wortschöpfungen der „Kooperation“ und „Kohärenz“, die der Code eines bestimmten, überall sich ähnelnden „Europa-Milieus“ ist. Es ist wie mit den sterilen Grün-Flächen-Kreisverkehren, die man im ganzen Land im Umfeld der Orte gebaut hat, und die, zusammen mit dem bunten Blech der Gewerbegebiete, ebenso stillos wie monoton wirken.

Der EU-Verfassungsentwurf war der Punkt, der dieser wohlfeilen Kunstwelt, die den Namen Europas usurpierte, nun einen staatspolitischen Anstrich verleihen wollte und sie mit dem Referendum gut sichtbar vor das Volk brachte. Als sich dann abzeichnete, daß der Citoyen es nun genauer wissen wollte und eine Verfassung nicht einfach mit ein paar guteuropäischen Phrasen schlucken wollte, zeigten die Guteuropäer - im Gefühl einer sicheren Mehrheit in Parteien und Medien - ihr zweites, weniger freundliches Gesicht. Man gab dem Citoyen zu verstehen, dass er nur seine kleinen, kurzsichtigen Interessen im Auge habe. Man drohte ihm, für den Fall eines Negativ-Votums, schlimme Folgen an. Und als dann tatsächlich das „Non“ siegte, verbreitete man sogleich die Mär, der Wähler habe wegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gegen eine EU-Verfassung votiert, die er eigentlich „gar nicht verstanden“ habe. Am Tresen in Narbonne hat man das sehr wohl durchschaut: „Sie haben sich ihren eigenen Non-Wähler zurechtgebastelt, um ihn dann glanzvoll zu besiegen“. Ja, in Frankreich gibt es einen verbreiteten politischen Scharfsinn, der solche Interpretationen als Herausforderung der eigenen Intelligenz nimmt und nicht einfach durchgehen lässt. So wurden in Frankreich tatsächlich bestimmte Passagen des Verfassungstextes ungewöhnlich genau diskutiert. Auch fällt auf, daß es die höchste Ablehnungsquote (65%) in der Altersgruppe zwischen 35 und 49 Jahren gab, also bei denen, die mitten im Erwerbsleben stehen. Am 29.5.2005 hat also nicht nur ein

Protestvotum stattgefunden, sondern es ist eine ganze Ära zu Ende gegangen, in der man mit dem Letztbezug „Europa“ jede Wahl gewinnen konnte. Eine politisch-kulturelle Hegemonie ist dabei zu zerbrechen.

**D**ie französische Ablehnung des Verfassungsentwurfs ist kein „Nein der Linken“, sondern ein republikanisches Nein. Es drückt die Ahnung aus, daß die europäische Integration eine ganz unrepublikanische Veranstaltung geworden ist. Der Ablehnung liegt also ein echter Verfassungsanspruch zugrunde. Dieser Anspruch, der von den Bürgern eines Landes nicht unbedingt deutlich formuliert aber doch gefühlt wird, läuft immer die Grundfrage der gemeinsamen Haftung zu. Es geht nicht nur um eine Verteilung von Zuständigkeiten für bestimmte „Politiken“, sondern um eine Eingrenzung dessen, für das der Bürger mit Hab und Gut, letztlich auch mit Leib und Leben einstehen will. Der Sinn der modernen Verfassungskämpfe bezieht sich auf die Verantwortlichkeit von Macht für ihre Handlungsfolgen: So war es im Kampf um die Verbindung von Steuerzahlung und Stimmrecht; im Kampf um die Einbeziehung aller Staatsausgaben in das Haushaltsrecht des Parlaments; oder im Kampf um das Entscheidungsrecht über Krieg und Frieden. Die Einheit der Republik ist von daher kein leeres Wort. Sie definiert den Bilanzraum für eine Letzthaftung. Diese Definition muß deshalb viel restriktiver und konservativer ausfallen als zum Beispiel bei einem Unternehmen.

An diesem republikanischen Maßstab gemessen ist der europäische Verfassungsentwurf eine Mogelpackung. Er enthält alle möglichen Politikfelder, schafft gemeinsame politische Repräsentanten, bestimmt neue Verfahren der Mehrheitsbildung – aber er umgeht alle Fragen der Letzthaftung. Das Verhältnis von Steuern und Ausgaben wird nach wie vor in den Haushalten der Einzelstaaten bilanziert, auch die Sozialversicherungen bleiben in diesem Rahmen. Natürlich wird auch die Frage von Krieg und Frieden hier entschieden und nicht in Brüssel oder Straßburg. So kommt es zu einer ganz unrepublikanischen Trennung: Es werden Gesetze auf europäischer Ebene beschlossen, die das Handeln der Bürger mit Auflagen versehen, aber die Frage, wie man damit leben kann, wird auf die Ebene der einzelnen Staaten ausgelagert. Folglich wird die europäische Ebene dazu neigen, alles mögliche Gute und Teure zum Gesetz zu machen – und dann geflissentlich wegzusehen, wenn Bürgerexistenzen auf der Strecke bleiben. Man beschließt eine flächendeckende Feinstaub-Norm und regiert damit bis in den kleinsten Winkel Europas, aber man ist von den unter Umständen katastrophalen Folgen für eine Branche, eine Großstadt oder ein Land gar nicht berührt. Die nationalen Staatshaushalte und Sicherungssysteme müssen letztendlich die Lasten auffangen, die die europäischen Normen mit sich bringen.

Diese Inkongruenz von Entscheidung und Letztverantwortung, die schon bisher das EU-System kennzeichnete, wird vom Verfassungsentwurf nicht aufgehoben, sondern in einen konstitutionellen Rang erhoben. Man vertuschte die Frage der Haftung, indem man so tat, als ginge es nur um eine „effizientere“ Politik bei einer größeren Mitgliederzahl. Und man griff auf jene Formel zurück, die seit 1957 durch die europäische Integration geistert und eine Art Ersatzbestimmung für das Verantwortungsproblem darstellt: die Formel von der wachsenden Annäherung. So heißt es im vierten Teil des Verfassungsentwurfs, die Völker Europas wollten - bei allem Stolz auf die eigene Geschichte - alte Trennungen überwinden und „immer enger vereint“ ihr Schicksal gemeinsam gestalten. Das ist für eine Verfassung eine kuriose Lösung. Legitimität wird nicht durch die Festlegung einer belastbaren Ordnung a priori hergestellt, sondern an eine Entwicklung a posteriori delegiert. Dabei wird ein „immer enger“ zur obersten Norm erhoben, eine Festlegung, vor der sich die klassischen Nationalverfassungen aus guten Gründen gehütet haben. Ebensogut könnte man ja ein „immer weiter“ zur Norm erheben und

damit das Recht auf unterschiedliche Entwicklungswege ausdrücken. Das „immer enger“ soll einen Schutz suggerieren, der institutionell gar nicht vorhanden ist. So tauchte diese Formel auch im Maastrichter Vertrag auf, als Ersatz für den Begriff „föderal“, über dessen Gehalt eine Einigung nicht herstellbar war. Es ist im Grunde freundlicher Stuss, der da bislang feierlich verkündet und gläubig entgegengenommen wurde.

Bei näherem Hinsehen ist die Formel freilich nicht so harmlos. Sie ebnet einen Unterschied ein, der für die moderne Staatenwelt fundamental ist, den Unterschied zwischen innerstaatlicher Einheit und zwischenstaatlicher Koexistenz. Dieser Unterschied drückt zwei verschiedene Ordnungsalternativen aus. Die innerstaatliche Einheit umfaßt die Wechselfälle des Lebens mit dem Haftungsverband der Republik. Die zwischenstaatliche Koexistenz verarbeitet diese Kontingenz in einer mehr oder weniger lockeren Verbindung unabhängiger Staaten. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, zwischen Verfassung und Vertrag zu unterscheiden, und es wäre ganz falsch, in einer Verfassung das moralisch Höherwertige gegenüber dem Vertrag zu erblicken. Gerade ein Vertrag kann einen besonders hohen Respekt vor den Differenzen dieser Welt zum Ausdruck bringen. Nun war es bisher aber die Grundphilosophie der europäischen Integration, dass eine Entscheidung zwischen Bundesstaat oder Staatenbund hier nicht gefällt werden brauche und dürfe. Sie beharrt auf einem Zwitterdasein Europas. Hier erfüllt nun die Formel vom „immer enger vereint“ ihre eigentliche Aufgabe. Um nämlich eine Entscheidung zwischen Staat oder Staatenallianz nicht fällen zu müssen, muß das Problem, das dieser Entscheidung zu Grunde liegt, verdrängt werden: die Differenzierung der europäischen Welt. Man muß daher eine Annäherung der Verhältnisse in Aussicht stellen, letztendlich eine wachsende Ähnlichkeit der einzelnen Teile der EU. Nur dann kann man sowohl auf das besonders feste Bindemittel eines Staatsprojekts als auch auf das besonders flexible Bindemittel von Vertragsgemeinschaften verzichten. Man wählt einen Mittelweg, auf dem beide Ordnungsvarianten in ihrer jeweiligen Stärke geschwächt werden. Der Mechanismus der Ähnlichkeit – die Perspektive wachsender Ähnlichkeit – wird zum Ordnungsersatz. Ist die Differenz unter Nachbarn nicht allzu groß und wird noch geringer, müssen sie gar keine besonderen Formen des Zusammenschlusses mehr suchen. Sie bewegen sich vielmehr nebeneinander in einer engen Bandbreite von Möglichkeiten und Erwartungen. Diese Ähnlichkeit und deren argwöhnische gegenseitige Kontrolle, hält sie zusammen. Es ist daher kein Zufall, daß die EU sich so ausgiebig mit einer kleinteiligen und kleinlichen Normierungspolitik beschäftigt, und daß ihre Förderfonds sich überwiegend auf Agrarfragen und den Ausgleich auf kleiner Raumbenebe beziehen. Man hat weder echte Gemeinschaftsgüter der Gesamt-EU noch läßt man die Unabhängigkeit mehrerer größerer Entwicklungsräume in der EU zu. Diese Integration durch Ähnlichkeit, die an die Stelle der beiden institutionellen Alternativen „Integration durch Staat“ und „Integration durch Vertrag“ gesetzt wurde, ist ein sehr kleinliches, engherziges Regiment. Für dies Regiment trifft zu, was Tocqueville über das üble Zusammenwirken von Oben und Unten zu Zeiten des Ancien Regime in Frankreich sagte: Die Bindungen zwischen den Bevölkerungsgruppen „kühlten schon ab“, das Regime aber „fror sie ein“. So ist das europäische „immer enger“ in Wirklichkeit eine ganz unrepublikanische Scheinintegration.

**D**ies ist auch eine sehr unfranzösische Veranstaltung. Denn Frankreich ist das klassische Lehrbeispiel moderner Integration durch Staatsbildung. Der Ausgangspunkt des berühmten französischen Zentralismus ist dabei nicht „Ähnlichkeit“ sondern „Differenz“. Frankreich ist ein großes Land, das nicht auf die Homogenität eines Ursprungs und einer ursprünglichen Gemeinschaft zurückgeführt werden kann. Es ist sicher kein Zufall, daß man hier früher als

anderswo über Unterschiede nachgedacht hat. Das Denken der cartesianischen Klassik, das in der Aufklärung mündete, ist ein Denken zur Ordnung von Unterschieden, die auch historisch-evolutionär nicht auf einen Punkt gebracht werden können. Der Historiker Fernand Braudel beschreibt die Identität Frankreichs als eine Versammlung unzähliger Facetten von Lebensmitteln, Einrichtungen, Bauformen, Kleidungen, Bezeichnungen, Feierlichkeiten – versammelt in einer „schrecklichen Weite“ der Geographie, so als wäre das französische Gebiet im Grunde ein Meer, in dem die lokalen Einheiten wie Inseln schwimmen. So konnte der Zusammenhalt Frankreichs nicht spontan und organisch aus der Ähnlichkeit der Elemente, aus der nachbarschaftlichen Vertrautheit der Landesteile oder aus der Erfahrung eines gemeinsamen Ursprungs erwachsen. Der Zusammenhalt mußte äußerlich und künstlich hergestellt werden. Das Gelingen dieses eigentlich unwahrscheinlichen Unternehmens macht die Originalität Frankreichs aus – seine Führungsrolle par excellence in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit. Der Zusammenhalt – und darauf kommt es hier an – war kein Verständigungsprozeß zwischen den Landesteilen, kein großes Nationalgespräch zwischen den Landsmannschaften. Er begründete sich auch nicht in der Person des absoluten Herrschers, sondern in einer ganzen Zivilisationsschicht, die gegenüber den Provinzkulturen eine eigene, substantielle Realität bildete und das ausmachte, was in Frankreich unter „L’Etat“ verstanden wird. Hier bildete sich schon vor der Revolution eine eigene „Res“ publica, die gegenüber den regionalen Sonderbeständen eine mehr oder weniger wohlabgegrenzte „abgehobene“ Einheit darstellte. So wurde die Einheit des Ganzen zum eigenständigen Teil in der Vielfalt Frankreichs: Der Zivilisationsstaat zeigte sich als einheitlicher Stil der Verfeinerung von Essen, Trinken, Kleidung, Mobiliar, Literatur, Architektur. Er war der Kern einer juristisch geschärften Sprachkultur, einer vom Papsttum getrennte Nationalkirche, eines technischen Netzes großer Nationalstraßen mit einem eigenen Ingenieurcorps. Und er war Paris. Nichts verdeutlicht so gut wie die Hauptstadt das neue System des Zusammenhalts, das mit Frankreich die Moderne prägte. Der Zusammenhalt der Provinzen mußte nicht mehr dadurch hergestellt werden, daß sie sich annäherten. Sie fanden in Paris ein gemeinsames Drittes, das für die höheren Angelegenheiten der Nation stand. Von da an datiert der Unterschied zwischen Paris und der Provinz, der nicht zwei geographische Lagen ausdrückt, sondern zwei Zustandsformen des französischen Daseins. Stendhal hat es in seinen Romanfiguren wunderbar zum Ausdruck gebracht: Ein und derselbe Bürger ist zugleich Provinzler und Citoyen der Grande Nation, egal wo er gerade lebt. In seiner Biographie verschlingen sich beide Bestandteile, ganz ohne Zwang zur Homogenisierung. Curtius beschreibt am Beispiel der Presse, wie Provinzblättchen und Hauptstadtzeitung koexistieren. Dies System kommt ganz ohne „Regionalpolitik“ aus. Es ist zentralistisch, insofern es von den regionalen Differenzen und Partikularinteressen abstrahiert und ein eigenes Feld allgemeiner, für alle Citoyens gleich zugänglicher Gegenstände schafft. Dieser Zentralismus ist nicht auf eine ausgleichende Umverteilung zwischen Regionen und sozialen Klassen angewiesen – er ist per se Gleichheit, eben res publica.

Wo dieser Zentralismus aber damit beginnt, sich zu „dezentralisieren“, wird es problematisch. Denn dann beginnt die Einmischung in die regionalen Angelegenheiten. Dann wird die Würde der Provinzfreiheit zerstört, indem man beginnt, sich in die dortigen Lebensumstände, Lokalinitiativen und Beziehungen einzumischen und die Unterschiede im Namen der „Milde“ einzuengen. Diese dezentrale Homogenisierung unternommen zu haben, das war der Vorwurf, den Tocqueville dem Ancien Regime und der Revolution machte. Hier verortete jenes „Einfrieren“ der sozialen Beziehungen, während er im Zentralismus ausdrücklich einen Antrieb zu „großen Unternehmungen“ und zur Ausbildung „großzügiger Leidenschaften“ sah. In der Dezentralisierung verliert der republikanische Staat seine zivilisatorische Einheit und Mission.

Seine Bewegungen werden diffus und hektisch, während die Borniertheit der Lokalinteressen gestärkt wird. So folgte auf das Personalregime des Bonapartismus eine Reihe von Regierungen, die als „Provinzkoalitionen in Paris“ bezeichnete. So muß man eigentlich von „zwei Frankreichs“ ausgehen, von zwei Entwicklungslinien, die sich in der Geschichte des Landes immer wieder überkreuzen. Das republikanische Frankreich in seiner spezifischen Verbindung von Einheit und Vielfalt ist nur eine Option, die immer wieder von der Gefahr kleinlich assimilierender Regime bedroht ist. Seine Konstellation ist fragil. Es ist nichts, was organisch aus der Natur des Landes herausgewachsen wäre. Die Republik ist ein Kunstgebilde, eine dünne Schicht der Realität, deren Bildung und Pflege immer einer außerordentlichen Anstrengung bedurfte und immer gefährdet ist.

Wenn daher heute mit der neueren europäischen Entwicklung – auch gerne von deutscher Seite – die Erwartung verbunden wird, der französische Zentralismus würde nun endlich in seiner „Abgehobenheit“ geschwächt, muß das nicht unbedingt etwas Gutes bedeuten. Denn das Regime der Ähnlichkeiten, das mit „Europa“ Einzug gehalten hat, weist erhebliche Parallelen und Verwandtschaften mit den üblen Seiten des Ancien Regime, mit dem Bonapartismus und dem Regiment der Provinzkoalitionen auf. Das oberflächliche „Blech“ der EU-Projekte und -Netzwerke erinnert fatal an die älteren Surrogate einer geschwächten republikanischen Zivilisation. Frankreich hat gegen dies Blech in dem Moment votiert, als es zur Verfassung erhoben werden sollte. Aber es wird auch eine schlechte Verbindung zwischen europäischer und nationaler Regierung wahrgenommen. Der krasse Ansehensverlust des französischen Präsidenten ist mehr als eine parteipolitische Wende. Er betrifft eine ganze Regierungsform. Die europäische Bühne, mit der man die republikanischen Defizite in Frankreich überdeckte, ist wacklig geworden. Nun ist Jacques Chirac auf seinen französischen Rahmen reduziert und man nimmt wahr, wie wenig Republik hier ist. Das Land fühlt dies Vakuum im eigenen Land, und das muß nicht unbedingt eine Katastrophe sein.

**I**n Europa freilich gibt es ein Vakuum anderer Art. Europa ist ein noch größeres „Land“ und die Differenzen fallen hier noch krasser aus. Der dritte Regionalbericht von 1987, den die damalige EG nach ihrer Erweiterung durch Spanien und Portugal veröffentlichte, verzeichnet Disparitäten zwischen den EG-Regionen beim Einkommen, die doppelt so groß wie in den USA sind. Mit der Ost-Erweiterung haben diese Unterschiede, zu denen natürlich die politisch-rechtlichen und kulturellen hinzuzufügen sind, noch einen weiteren Sprung gemacht. Es ist daher im Grunde absurd, daß ausgerechnet Europa darauf beharrt, die Legitimität der europäischen Integration über eine besonders starke Angleichung herzustellen. Es ist eine kuriose und auch zynische Verkennung der europäischen Realitäten, wenn man sich hier ausgerechnet dadurch profilieren will, daß man im Namen der Gleichheit eine Kultur der sozialen Unterschiede als „Amerikanisierung“ denunziert. In den USA gibt es einen Mindestlohn von 5,15 Dollar. Ein europaweiter Mindestlohn in gleicher Höhe wäre für einige östliche und südliche Industrien und Regionen der Ruin. Stattdessen läge eine Konsequenz viel näher, die die politische Klasse der „Europäer“ allerdings weit von sich weisen würde: Europa müßte seine Ungleichheiten kultivieren.

Das hat freilich eine institutionelle Konsequenz: Die Grundentscheidung zwischen Staat und Staatenallianz, zwischen Verfassung und Vertrag, müßte eindeutig getroffen werden. Solange die Frage nicht entschieden wird und man sich auf das Regime der Ähnlichkeiten zurückzieht, kann Europa einen größeren politischen Willen gar nicht zum Ausdruck bringen. Denn es kann weder die Freiheit zur großen Einheit noch die Freiheit der Pluralität eingehen. Die Fra-

ge so für Europa stellen, heißt dann auch, sie zu beantworten: Eine gesamteuropäische Republik macht keinen Sinn. Gerade wenn man das Kriterium der Republik im Sinn des klassisch-französischen Entwicklungswegs scharf faßt, muß man diese Perspektive für Europa verneinen. Der Aufwand erscheint zu groß, der Ertrag wäre dünn und nicht von jener allgemeinen modernen Zivilisation abhebbar, die die (inzwischen erweiterte) westliche Gemeinschaft zusammenhält. Der starke Verband gegenseitiger Haftung, den die Republik darstellt, kann nur einen bestimmten Grad wirtschaftlicher und kultureller Unterschiede aufnehmen. Sonst wird die Bereitschaft der Bürger, für eine plurale und damit „fremde“ Allgemeinheit einzustehen, überfordert. So müssen jene regionalen Unterschiede, die die EU-Berichte regelmäßig konstatieren, zunächst von mehreren, einzelnen Verfassungen in Staatsform aufgenommen werden. Erst danach können diese Staaten gemeinsame Angelegenheiten über die Vertragsform regeln. Der Respekt vor den Unterschieden Europas gebietet es also, diese in zwei Stufen zu ordnen, die so eindeutig und prinzipiell voneinander geschieden sind, wie es das innere und äußere Staatsrecht der klassischen Moderne vorsieht. Jede Verwischung dieses Dualismus in einer „postnationalen Konstellation“ (Habermas), trivialisiert die Unterschiede und schädigt zugleich die Einheitsidee der Republik. Sie verkennt auch die institutionellen Möglichkeiten der Vertragsform. Diese kann unabhängige Interessen und Entwicklungswege zu sehr dauerhaften Austauschverhältnissen mit hohen Einsätzen der Partner zusammenbinden - wie die Nato zeigt und wie gegenwärtig am Grenzfall der Währungsunion erprobt wird. Mehr noch: So wie es eine „französische“ Zivilisationswelt des Staates gibt, gibt es auch eine solche des Vertrags. Dies ist eine „anglosaxonische“ Geschichte. Hier waren die Außenbeziehungen, die eine relativ kleine territoriale „Insel“ mit der einer viel größeren Welt verbanden und dann auf die inneren Verhältnisse zurückwirkten, das entscheidende. Die oft heftigen Gegensätze zwischen französischen und englischen Ansichten liegen nicht in einem unterschiedlichen Nationalcharakter, sondern in dem Primat der inneren oder äußeren Genese. So ist die innere Leistung des französischen Säkularstaats ebenso bewundernswert wie seine homogenisierende Kolonialpolitik problematisch und letztendlich erfolglos ist. Umgekehrt ist die zivilisatorische Feinheit der angloamerikanischen Länder sicher geringer - und vom sprichwörtlichen britischen Humor gerne selbst karikiert - , aber ihr Weltsystem ungleich pluraler und erfolgreicher. Hier wirkt die Möglichkeit des Vertrags, der Bindung mit Unterpfändern bei gleichzeitiger Unabhängigkeit der Partner herstellen kann. So ist die Staatsbildung eben nur eine territorial begrenzte Antwort auf Differenzen, weil sie etwas sehr starkes Drittes bilden muß: eine Gesamtzivilisation, die zwar schematisierend und stilistisch-äußerlich ist, die aber doch eine geschlossene Gesamtheit bilden muß - eine Verfassung im buchstäblichen Sinn.

Die europäische Originalität besteht in dieser Ausdifferenzierung von Verfassungs-Zivilisation und Vertrags-Zivilisation - und nicht in einer schwammigen Nachbarschaft von Ähnlichkeiten. Wenn die europäische Integration nach dem zweiten Weltkrieg den Weg eines „immer enger vereint“ eingeschlagen hat, so ist das also keineswegs die Quintessenz der europäischen Geschichte, sondern in einem erheblichen Maß einer Revision ihrer besten Leistungen.

**W**ie konnte es dazu kommen? Was verleiht einem Diskurs, der die spezifischen Differenzierungen der politischen Moderne ignoriert, seine Plausibilität? Es müssen hier Tatsachen im Spiel sein, die das Problem der Heterogenität verdrängen. Und diese Verdrängung muß in einer beträchtlichen Größenordnung stattfinden, damit im Namen eines ganzen Erdteils Geltung beansprucht werden kann. Tatsächlich kann man einen solchen neuralgischen Punkt in der neueren europäischen Entwicklung aus machen. Dieser Punkt ist deshalb beson-

ders delikat, weil er nicht nur Böses aufweist. Es geht um das deutsch-französische „Couple“. Die deutsch-französische Annäherung ist zum Vorbild und Vehikel des ganzen europäischen Prozesses geworden. In der Unspezifik dieser Annäherung liegt im Grunde die Unspezifik der ganzen europäischen Integration. Der deutsch-französische „Motor“ ist ein kurioser Selbstläufer. Er ist Aufgabenstellung und Aufgabenerfüllung in einem Atemzug. Er erklärt Wandel zu Annäherung, und Annäherung zu Wandel. Die Motor-Metapher für die deutsch-französische Annäherung verdeckt eine *petitio principii*. Die Annäherung beweist ihre integrierende Kraft, indem sie die Integrationsaufgabe von vornherein abschafft: Wir sind uns ja schon nah. So ist das deutsch-französische Verhältnis eine Art europäischer Kurzsprung, der auf wundersame Weise vom kleinen Grenzverkehr am Oberrhein bis zur Weltordnung hin und her springt.

Die deutsch-französische Annäherung ist eine der verblüffendsten Facetten des 20. Jahrhunderts. Das Prinzip des „immer enger“ erscheint hier freilich nicht ganz so gutmütig, wie es die vielzitierte „Freundschaft“ suggeriert. Auf merkwürdige Weise hat die deutsche Annäherung an Frankreich dessen republikanische Ordnung unterminiert, und auf ebenso merkwürdige Weise hat die französische Annäherung an Deutschland dessen republikanische Rückständigkeit prolongiert. Wo immer Frankreich und Deutschland im 20. Jahrhundert sich nicht nur als fremde Mächte gegenüberstanden haben, sondern sich nähergekommen sind, geschah dies auf einem republikfernen Niveau.

- Das erste, vielfach unterschätzte Kapitel heißt „Vichy“. Das Vichy-Regime war nicht nur eine NS-nahe Fremdherrschaft in Frankreich, sondern auch ein französisches Regime. Dies Regime war insbesondere reaktionär gegenüber dem republikanischen Zentralismus Frankreichs. Vichy mobilisierte alle Vorurteile gegen Paris. Sein Regionalismus war mit den nationalsozialistischen Plänen für einen assimilierten „europäischen Großraum“ kompatibel. Diese Seelenverwandtschaft wäre nicht weiter von Bedeutung, wenn sie Episode geblieben wäre und mit der Liberation zusammengebrochen wäre. Das war aber in einer wichtigen Strukturfrage nicht: Das Nachkriegsfrankreich übernahm von der Vichy-Periode den dezentralen Impetus in der Raumordnung. Jean-Francois Gravier's Buch über „Paris und die Wüste Frankreich“ erschien 1947 und machte Furore. Gravier war eine der Zentralfiguren der Politik der „industriellen Dezentralisierung“ des Vichy-Regimes. Mehr noch: Die Tradition einer räumlichen Umverteilung, die den klassischen Aufbau des Territorialstaates revidiert und in Frankreich bis heute als „Aménagement du Territoire“ bezeichnet wird, ist in Vichy begründet worden (vgl. Caro 2002).
- Das Stichwort für die zweite Etappe der deutsch-französischen Assimilierung ist die „Wohlstandsgesellschaft“. Dabei geht es nicht einfach um eine Hebung des Lebensstandards in beiden Ländern, sondern um eine frappierende Umorientierung, die mit den 60er Jahren zu datieren ist. Die deutsch-französische Freundschaft war ja eine späte und durchaus überraschende Wendung. War bisher die republikanische Zivilisation Grundlage für ein eigenständiges Frankreich, dem die politisch stilllose Bundesrepublik nicht gerade ein Vorbild war, so begann nun eine erstaunliche Orientierung am Modell Deutschland. Diese Orientierung galt nicht der geistigen Tradition Deutschlands, sondern der Wirtschaft. Die Stabilität der DM, die Sozialpartnerschaft und die Zuneigung für die Exportweltmeister-Kanzler wurden nun Referenzpunkte. Zugleich geriet der klassische deutsche Frankreich-Respekt, der noch bis zum Existenzialismus der 50er Jahre galt, unter die Räder. Das Frankreich-Bild provinzialisierte sich. Zwischen einem Curtius oder Friedell und einem Wickert oder Cohn-Bendit klaffen Abgründe.
- Das dritte Kapitel ist eine Art Kartellbildung und ist wohl mit Post-1989 zu datieren. Bisher hatte es zu den Grundlinien deutscher Außenpolitik gehört, sich von Frankreich nie in

eine Frontstellung gegenüber den USA und England bringen zu lassen. Das wurde mit dem Irakkrieg und der Chirac-Schröder-Putin-Allianz anders. Auch war es bisher bei aller Freundschaft für Frankreich undenkbar, mit Deutschland ein gemeinsames Sozialmodell zu bilden. Nun aber wurde der „Rheinische Kapitalismus“ aus der Taufe gehoben und damit so etwas wie ein originärer Pol in der globalen Ordnung anvisiert. Zugleich begann eine Politik, die andere Mitgliedsländer der EU offen zu zensieren (Österreich) und zu marginalisieren (Polen, Tschechien, Ungarn) versuchte.

Bei diesen drei Kapiteln geht es nicht darum, daß Deutschland und Frankreich sich faktisch immer stärker assimiliert hätten. Der rheinische Kapitalismus ist Fiktion; die Tatsachen, auf die er sich bezieht, sind ebenso selektiv wie alt. Es ist nur ein Teil Frankreichs und eben nicht sein klassisch-republikanischer, der in dieser Assimilation Platz findet. Es ist auch nur ein Deutschland mit beschränkter Verantwortung und mit verkürzter geistiger Tradition, das hier das Wort führt. Die deutsch-französische Annäherungs-Geschichte ist ein Mythos des 20. Jahrhunderts. Er ist gewiss nicht der übelste Mythos, aber seine Suche nach „postnationalen“ Ähnlichkeiten macht die Welt eng. Er ist vor allem auch die Besetzung der Realität durch eine Perspektive. Seine Konstruktion einer Konvergenz appelliert an eine zusammenführende Macht der Zeit. Das Regime des „immer enger vereint“ ist eine Version „light“ der älteren Erlösungsperspektiven, eine gemilderte Form des Historizismus im späten 20. Jahrhundert. Die bisherige europäische Integration war ein Provisorium in einer Zeit, in der Europa nur eine sekundäre Rolle spielte und in der es gespalten war. Beides zusammen macht jene „kleinkontinentale“ Lösung aus, die die europäische Integration zumindest bis 1989 war: beschränkt auf Westeuropa, aber mit gewisser Distanz zur anglosaxonisch-amerikanischen Vertragswelt. Diese Epoche könnte jetzt, mit dem Ende der Spaltung Europas, zu Ende gehen. Zumindest gerät nun das Regime der Ähnlichkeiten in eine fundamentale Krise. In diesem Sinn ist die deutsch-französische Vorbildfunktion erschöpft. Es bleibt allerdings die Gefahr, daß auch ein größeres Europa sich angesichts seiner sekundären Rolle im Weltgeschehen auf eine Position des Reagierens und des Ressentiments zurückzieht und nicht wirklich einen Zugang und Anschluß an die Vertragszivilisation des Westens findet. Nur im Rahmen dieser Vertragsform aber können die europäischen Länder auch im Innern ihre je einzelne republikanische Einheit stärken. Das ist das Paradox: Nur über ein englisches Europa kann Frankreich französischer werden. So weist das französische „Non“ zum Verfassungsentwurf zunächst nach London und erst dann wieder nach Paris.

**U**nd Deutschland? Hier fehlt ja dieses „Nein“. Man hat zumindest keine Gelegenheit zugelassen, daß eine Ablehnung sich formell ausdrücken kann und so offiziell wird. Noch also kann sich die „europäische Mitte“, die in Parteien und Medien überwältigende Mehrheits-Siege feiert, ihrer kulturellen Hegemonie sicher sein. Man sollte die Problematik nicht übersehen: In dieser Position steht Deutschland nun in Europa als die einzige größere Macht da. Es allein betreibt noch das „immer enger vereint“ und wird mit ihm identifiziert. Großbritannien hat das nie betrieben, Frankreich ist schon nicht mehr dasselbe wie vor dem 29. Mai. Man kann viele Parallelen in der Stagnation und innere Blockade zwischen Frankreich und Deutschland ziehen, aber es gibt eben auch einen bedeutenden Unterschied. Die Franzosen haben bei ihrem Nein durchaus mit Bewußtsein das Risiko auf sich genommen, daß sie dann auch für sich allein – ohne Geld aus Brüssel – klarkommen müssen. Das macht – bei allem Streit und allen linken Parolen im Einzelnen – den Stolz jenseits des Rheins aus. Diese Klimabereinigung aber fehlt in Deutschland völlig. Die gegenwärtige Stimmung in Frankreich hat



so gar nichts von dem dumpfen Klagen und vom Schielen auf höhere Geldtöpfe, das hierzulande seit der Hartz IV-Debatte nicht mehr abgerissen ist und das eifrig von den Sensibelchen in Parteien und Presse umsorgt wird.

Das französische Nein hat noch keine positive Richtungsentscheidung getroffen, aber es hat überhaupt die Freiheit zu unterschiedlichen Entscheidungen wieder hergestellt. Währenddessen hat man sich in Deutschland in die merkwürdigsten Vorurteile eingemauert. Inzwischen erklärt man es mit einem „deutschen Wesen“, daß man hierzulande die Haushalte auch bei bester Kenntnis der Realitäten nicht sanieren kann. Man untermauert die These, in Deutschland seien Sanierungsmaßnahmen im Thatcher-Ausmaß unmöglich, mit einem Rückgriff in die Tiefen der deutschen Geschichte. Auch mancher Reformier klagt wieder über den alten „deutschen Sonderweg“ und merkt dabei nicht, wie er den Deutschen die Freiheit nimmt, schlicht anders zu entscheiden. So wird die Entschuldigung für das „Weiter so“ schon vorformuliert. Nein, die deutsche Misere steht unserer eigenen Gegenwart viel näher als uns lieb ist. Es ist die falsche Aussicht auf eine europäische Integration, die im Selbstlauf eine Mitte des Wohlstands erzeugt – die natürlich auch in der geographischen Mittellage zusammenläuft. Die Untätigkeit ist ein Reimport aus jenem Mythos „Europa“, in das man selber gerade erst die Perspektive der wachsenden Ähnlichkeiten projiziert hat, von denen man nun zehren will. Diese europäische Zukunftslüge liegt wie ein nasser Sack über Deutschland. Unser Land wird nur in dem Maße reformfähig werden, wie es die anstehende grundlegende Klärung und Änderung der europäischen Integration akzeptiert.

*(Unveröffentlichtes Manuskript vom Juli 2005)*